

Anfragen: Märzsession 2018



Dir. Nr.	Grossrätin/Grossrat	Titel	Seite
Justizleitung JL			
3	Fuhrer-Wyss (Burgistein, SP)	Sicherheitskonzept der Dienststellen der Jugendanwaltschaft	3
Staatskanzlei STA			
8	Hügli (Biel, SP)	Auftragsvergabe an die Stämpfli Gruppe AG und ihre Gesellschaften (Zurückgezogen am 16.03.2018)	4
15	Knutti (Weissenburg, SVP)	Werden Druckaufträge im Ausland getätigt?	5
17	Graber (Neuenstadt, SVP)	Neue Fakten im Zusammenhang mit der Einwohnerkontrolle und dem Stimmregister von Moutier in den Monaten vor der Kantonswechselabstimmung vom 18. Juni 2017	6
19	Fuchs (Bern, SVP)	Alte Grundbücher ins Staatsarchiv	7
20	von Wattenwyl (Tramelan, Grüne)	Solidaritätsbeiträge für Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen	8
Erziehungsdirektion ERZ			
12	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)	Hoher finanzieller Aufwand für Dolmetscherdienste und Übersetzungen in 18 Sprachen in der ERZ	9
23	Wüthrich (Huttwil, SP)	Entwicklung des privaten Unterrichts / Home-schooling im Kanton Bern	10
Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion JGK			
18	Graber (Neuenstadt, SVP) (Sprecher/in) Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)	Moutier-Skandal: Wann schaltet der Regierungsrat die Bundesanwaltschaft ein?	11
22	Klopfenstein (Corgémont, SVP)	Moutier in den Schlagzeilen	12
Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE			
9	Haas (Bern, FDP)	Benachteiligung bernischer Hauseigentümer gegenüber jenen anderer Kantone	13
10	Machado Rebmann (Bern, GaP) (Sprecher/in) Brönnimann (Mittelhäusern, glp)	Welche Schlüsse zieht der Regierungsrat aus der fehlenden Unabhängigkeit der BLS-Begleitgruppe?	14
14	Fuchs (Bern, SVP)	Begleitgruppe BLS-Werkstätten – unabhängig und politisch breit abgestützt. Wieso wird jetzt der Präsident der Begleitgruppe, alt SP-Grossrat Bernhard Antener, mit einem Verwaltungsratssitz als kantonaler Vertreter bei der BLS belohnt?	15

24	Wüthrich (Huttwil, SP)	Fernverkehrspläne der BLS – Auswirkungen auf den Kanton Bern?	16
----	------------------------	---	----

Polizei- und Militärdirektion POM

1	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)	Seltene Vorgänge rund um den Gebetsraum (Zurückgezogen am 15.01.2018)	17
6	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)	Warum ersetzt die Kantonspolizei wenig gebrauchte Ordnungsdienstfahrzeuge?	18

Finanzdirektion FIN

4	Robbiani (Moutier, PSA)	Sanierung der bernischen Pensionskassen	19
5	Reinhard (Thun, FDP)	BPK: Überhöhte Verzinsung trotz Unterdeckung und Staatsgarantie	20
11	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)	Wer bestimmt über die Vergabe von Verwaltungsratsmandaten?	21
16	Alberucci (Ostermundigen, glp)	Dekret zur Neubewertung der nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke und Wasserkräfte – Auswirkungen auf die Gemeinden	22

Volkswirtschaftsdirektion VOL

21	Machado Rebmann (Bern, GaP)	Kahlschlag im Gumpisbergwald: Wird der Wald im Kanton Bern ausreichend geschützt?	23
----	-----------------------------	---	----

Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF

2	Gasser (Bévilard, PSA)	Spital Moutier: Warum dieses Schweigen?	24
7	Imboden (Bern, Grüne)	Wie viel Anstossfinanzierung des Bundes für Kinderbetreuung (100 Millionen) wird im Kanton Bern für die Verbesserung der Kinderbetreuung eingesetzt?	25
13	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)	Ungleichbehandlung bei der Spitexpflegekostenbeteiligung	26
25	Wüthrich (Huttwil, SP)	Macht der Kanton Bern beim Tag der pflegenden Angehörigen mit?	27

Anfragen Märzsession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 3

Eingereicht am: 05.12.2017

Eingereicht von: Fuhrer-Wyss (Burgistein, SP)

Beantwortet durch: JL

Sicherheitskonzept der Dienststellen der Jugendanwaltschaft

Die Sicherheit der Mitarbeitenden in den Dienststellen der Jugendanwaltschaft muss gewährleistet sein. Aggressives Verhalten von Kundinnen und Kunden nimmt zu. Es ist in der Verantwortung des Kantons, dass entsprechende Sicherheitsmassnahmen getroffen werden.

Gemäss Regierungsratsbeschluss vom 1. April 2015 wurden die Direktionen, die Staatskanzlei und die Justiz mit der Umsetzung von Massnahmen beauftragt.

Siehe folgenden Regierungsratsbeschluss:

397/2015 Umgang mit aggressivem Kundenverhalten:

<https://www.rr.be.ch/etc/designs/gr/media.cdwsbinary.RRDOKUMENTE.acq/0c30bab77ad44f16b08213e68a1b8551-332/7/PDF/2015.RRGR.206-RRB-D-104367.pdf>

Fragen:

1. Bestehen bei den Dienststellen der Jugendanwaltschaft entsprechende Sicherheitskonzepte?
2. Werden die Massnahmen entsprechend umgesetzt?
3. Wie wird die Sicherheit der Mitarbeitenden bei Terminen ausserhalb der Bürozeiten gewährleistet?

Verteiler

- Justizleitung
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 8

Eingereicht am: 14.03.2018

Zurückgezogen am: 16.03.2018

Eingereicht von: Hügli (Biel, SP)

Federführung: STA

Auftragsvergabe an die Stämpfli Gruppe AG und ihre Gesellschaften

Gerade der Kanton Bern hat eine Vorbildfunktion bei der Auftragsvergabe an Dritte. Der Kanton hat deshalb besonders zu berücksichtigen, ob ein Unternehmen einem Gesamtarbeitsvertrag der relevanten Branche untersteht und diesen einhält. Die Druckerei Stämpfli wird aufgrund ihres Verbandsaustritts ab 2019 nicht mehr dem GAV für die grafische Industrie unterstehen.

Fragen:

1. Wie viele laufende Aufträge wurden an die Stämpfli Gruppe AG und ihre jeweiligen Gesellschaften vergeben und mit welchem Auftragsvolumen je Auftrag?
2. Wie viele Aufträge wurden in den letzten 5 Jahren an die Stämpfli Gruppe AG und ihre jeweiligen Gesellschaften vergeben und mit welchem Auftragsvolumen je Auftrag?
3. Wird der Kanton die Stämpfli Gruppe AG und ihre Gesellschaften bei der Auftragsvergabe ab 2019 weiterhin berücksichtigen, auch wenn die Druckerei nicht mehr dem relevanten Gesamtarbeitsvertrag unterstellt sein wird?

Verteiler

- Staatskanzlei
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 15

Eingereicht am: 19.03.2018

Eingereicht von: Knutti (Weissenburg, SVP)

Beantwortet durch: STA

Werden Druckaufträge im Ausland getätigt?

Vor kurzem wurde beim Bund bekannt, dass rund 7 Prozent der Druckaufträge von ausländischen Firmen getätigt und nicht von Schweizer Firmen ausgeführt werden.

Fragen:

1. Werden kantonale Druckaufträge ins Ausland vergeben?
2. Wenn ja, wie viele Druckaufträge werden im Ausland jährlich erledigt?

Verteiler

- Staatskanzlei
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 17

Eingereicht am: 19.03.2018

Eingereicht von: Graber (Neuenstadt, SVP)

Beantwortet durch: STA

Neue Fakten im Zusammenhang mit der Einwohnerkontrolle und dem Stimmregister von Moutier in den Monaten vor der Kantonswechselabstimmung vom 18. Juni 2017

Gemäss Medienberichten sollen sich viele Dutzend Personen ohne echten Wohnsitz in Moutier in den Monaten vor der Kantonswechselabstimmung vom 18. Juni 2017 in der Gemeinde angemeldet und sich kurz nach dem Urnengang wieder abgemeldet haben. Dieser Wahltourismus konnte das Abstimmungsergebnis, mit dem sich die Stimmberechtigten von Moutier für einen Wechsel zum Kanton Jura entschieden haben, ganz klar beeinflussen und verfälschen. Anonyme Absender haben den Kantonsbehörden eine Studie zukommen lassen, in der angeblich belegt wird, dass es in der Stadt Moutier im Vorfeld von Urnengängen, die direkt oder indirekt mit der Jurafrage zusammenhängen, systematisch zu Wahl- und Abstimmungstourismus gekommen ist.

Fragen:

1. Ist es materiell möglich, die Entwicklung des Stimmregisters der Stadt Moutier zwischen dem 18. März 2017 und dem 18. Juni 2017 zurückzuverfolgen?
2. Waren die Kantonsbehörden im Besitz des Stimmregisters von Moutier mit Stichdatum vom 18. März 2017 (massgebendes Datum zur Festlegung der Liste der Stimmberechtigten)?
3. Gestützt auf welche Erlasse oder Urteile ist es gegebenenfalls möglich, Abstimmungsergebnisse aufgrund von Wahltourismus, der das Ergebnis beeinflusst haben könnte, für ungültig zu erklären?

Verteiler

- Staatskanzlei
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 19

Eingereicht am: 19.03.2018

Eingereicht von: Fuchs (Bern, SVP)

Beantwortet durch: STA

Alte Grundbücher ins Staatsarchiv

Per sofort sollen die alten Grundbücher, die sich in den Grundbuchämtern befinden, im Staatsarchiv eingelagert werden. Dies führt bei den Grundbuchämtern zu einem Mehraufwand, weil sie die Belege immer beim Staatsarchiv anfordern müssen. Das Vorgehen führt zu einem weiteren administrativen Aufwand, und die Standorte werden weiter geschwächt.

Fragen:

1. Aus welchem Grund sollen diese alten Grundbücher im kantonalen Staatsarchiv gelagert werden?
2. Wird der administrative Aufwand nicht grösser, wenn die Grundbuchämter die Belege immer beim Staatsarchiv bestellen müssen?
3. Wie viele Verwaltungsstellen müssen im Staatsarchiv zusätzlich geschaffen werden, um die Bücher zu verwalten?

Verteiler

- Staatskanzlei
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 20

Eingereicht am: 19.03.2018

Eingereicht von: von Wattenwyl (Tramelan, Grüne)

Beantwortet durch: STA

Solidaritätsbeiträge für Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen

Den Medien war vor kurzem zu entnehmen, dass von den erwarteten 12 000 bis 15 000 Opfern von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen bisher nur 4581 beim Bundesamt für Justiz ein Gesuch um einen Solidaritätsbeitrag eingereicht haben, obwohl die Frist dafür am 31. März 2018 abläuft.

Der Opfer-Beauftragte beim Bundesamt für Justiz, Luzius Mader, glaubt, dass viele Menschen aufgrund des erlittenen Schadens Mühe haben, einer Behörde zu vertrauen. Einige Opfer verzichten auch wegen eines Missverständnisses darauf, ein Gesuch einzureichen: Sie glauben, dass das Verfahren zeitaufwändig und kompliziert ist, dass die Entschädigung steuerliche Auswirkungen haben wird, dass man beweisen muss, ein Opfer zu sein, oder dass der Datenschutz nicht gewährleistet ist.

Wenn sich die Opfer, die den Behörden wenig vertrauen und manchmal schon sehr alt sind, nicht von sich aus melden, könnten ihre Angehörigen (Kinder, Enkel) sie dazu ermutigen.

Zwanzig Gemeinden und acht Kantone haben sich im Übrigen entschieden, die Solidaritätsbeiträge mitzufinanzieren.

Fragen:

1. Hat der Regierungsrat angesichts der Frist, die am 31. März 2018 abläuft, vorgesehen, umgehend eine Informationskampagne durchzuführen, um Verdingopfer zu ermutigen, sich zu melden und ein Entschädigungsgesuch einzureichen?
2. Hat der Regierungsrat diesbezüglich schon Stellung bezogen, und wie fiel sein Entscheid gegebenenfalls aus?
3. Wie viele Personen sind bis heute beim Staatsarchiv bzw. bei der OHG-Beratungsstelle vorstellig geworden, und wie viele haben ein Entschädigungsgesuch eingereicht?

Verteiler

- Staatskanzlei
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 12

Eingereicht am: 18.03.2018

Eingereicht von: Geissbühler-Strupler
(Herrenschwanden, SVP)

Beantwortet durch: ERZ

Hoher finanzieller Aufwand für Dolmetscherdienste und Übersetzungen in 18 Sprachen in der ERZ

Wir geben im Kanton Bern viel Geld für die sprachliche Integration von Asylsuchenden und Ausländern aus. Dazu kommen in der ERZ hohe Kosten für Dolmetscher/-innen in den Schulen (Elterngespräche) und die Übersetzungsarbeiten, wie zum Beispiel die Eltern-Information zum LP 21 in 18 Sprachen.

Fragen:

1. Wie viel kosten im Kanton Bern die Dolmetscherdienste in den Schulen pro Jahr?
2. Wie hoch waren im Kanton Bern die Kosten für schriftliche Übersetzungen in den letzten vier Jahren?
3. Wird in anderen Kantonen für Asylsuchende/Ausländer auch ein so grosser, finanzieller Aufwand betrieben wie im Kanton Bern?

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 23

Eingereicht am: 19.03.2018

Eingereicht von: Wüthrich (Huttwil, SP)

Beantwortet durch: ERZ

Entwicklung des privaten Unterrichts / Homeschooling im Kanton Bern

In der Schweiz wurden 2013 rund 500 Kinder nicht in staatlichen Schulen, sondern privat unterrichtet. Das Homeschooling ist besonders im Kanton Bern beliebt, wo gegen die Hälfte der in der Schweiz privat unterrichteten Kinder wohnhaft sind.

Fragen:

1. Wie hat sich die Zahl der Kinder mit privatem Unterricht von 2014 bis 2018 entwickelt?
2. Welche Probleme entstehen hauptsächlich, wenn Eltern ihre Kinder privat unterrichten?
3. Welche Gründe führen Eltern ins Feld, warum sie ihre Kinder privat unterrichten wollen?

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 18

Eingereicht am: 19.03.2018

Eingereicht von: Graber (Neuenstadt, SVP)
(Sprecher/in)
Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)

Beantwortet durch: JGK

Moutier-Skandal: Wann schaltet der Regierungsrat die Bundesanwaltschaft ein?

Am 18. Juni 2017 stimmte eine knappe Mehrheit der Bevölkerung der bernjurassischen Gemeinde Moutier für einen Wechsel der Kantonszugehörigkeit zum Kanton Jura. Letzte Woche erhielt die Berner Regierung anonym eine statistische Studie zugestellt. Das schreibt die «SonntagsZeitung» vom 18. März 2018. Diese Studie analysiert die Bevölkerungsbewegungen und vergleicht sie mit anderen bernjurassischen Gemeinden in den letzten Jahren. Der Schluss der Studie, die offenbar der «SonntagsZeitung» vorliegt, sei eindeutig: Rund um Gemeindewahlen – die jeweils separatistische Mehrheiten ergaben – und rund um jurapolitische Abstimmungen verzeichnet Moutier demnach seit längerem «signifikante und irreguläre Bevölkerungsbewegungen». Recherchen zeigen gemäss «SonntagsZeitung» auch, dass sich mehrere Personen kurzzeitig in Moutier registrieren liessen und ihre Papiere schon wieder verlegt haben, u. a. der Sohn des separatistischen Vizebürgermeisters. Gemäss «SonntagsZeitung» will der Regierungsrat den Bericht nun überprüfen lassen und hat ihn u. a. dem Staatsanwalt zugestellt.

Fragen:

1. Gedenkt der Regierungsrat, neben dem Staatsanwalt auch die Bundesanwaltschaft einzuschalten?
2. Was unternimmt der Berner Regierungsrat in Anbetracht dieser neu aufgetauchten Fakten bezüglich der Gespräche über den Kantonswechsel?

Verteiler

- Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 22

Eingereicht am: 19.03.2018

Eingereicht von: Klopfenstein (Corgémont, SVP)

Beantwortet durch: JGK

Moutier in den Schlagzeilen

Wie eine Welle geht die Meldung durch die nationalen und regionalen Medien, wonach in der Stadt Moutier ein organisierter Stimmtourismus die Kantonswechselabstimmung vom 18. Juni 2017 entschieden haben könnte. Mehrere Beschwerden sind noch beim Regierungsstatthalteramt hängig.

Le Matin dimanche und die SonntagsZeitung sprechen von Unregelmässigkeiten, zu denen es im Stimmregister der Gemeinde Moutier im Jahr 2017 gekommen sein soll, um die Abstimmung über die Kantonszugehörigkeit von Moutier zu beeinflussen.

Diese Situation ist besorgniserregend und nimmt alarmierende Dimensionen an.

Fragen:

1. Hat der Regierungsrat noch die Möglichkeit, Licht in diese Angelegenheit zu bringen?
2. Ist der Regierungsrat bereit, das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement entsprechend zu informieren und ihm gegebenenfalls das Dossier zu übergeben?
3. Zwei konkrete Fälle wurden genannt: Der eine stammt aus dem Kanton Freiburg, der andere aus dem Kanton Jura. Haben diese fiktiven Bürger ihre Autos umgemeldet, um bernische Autonummern zu erhalten?

Verteiler

- Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 9

Eingereicht am: 16.03.2018

Eingereicht von: Haas (Bern, FDP)

Beantwortet durch: BVE

Benachteiligung bernischer Hauseigentümer gegenüber jenen anderer Kantone

Art. 38 Abs. 3 KEnV hält fest, dass bei handbeschickten Holzheizungen Notheizungen bis zu einer Leistung von 50 Prozent des Leistungsbedarfs ohne weitere Einschränkung zulässig sind.

Dem Vernehmen nach hat die bernische Verwaltung entgegen dem Wortlaut der Bestimmung und auch entgegen der Praxis in anderen Kantonen eine Praxis entwickelt, wonach solche Notheizungen nur zentral installiert werden dürfen. Das heisst, wenn eine Notheizung zum Beispiel 3 KW beträgt, darf diese ausschliesslich zentral in Wasser- oder Luftrohren eingebaut und nicht aufgeteilt in 6 x 0.5 KW in verschiedenen Räumen installiert werden. In anderen Kantonen wird die dezentrale Installation bewilligt, weil davon ausgegangen werden kann, dass sie im Betrieb sogar energieeffizienter ist als eine zentrale Installation.

Fragen:

1. Wie begründet der Regierungsrat die Praxis der bernischen Vollzugsbehörden?
2. Wie können im Kanton Bern Liegenschaften mit Holzofenheizungen ohne Wasserverteilung von der Regelung gemäss Art. 38 Abs. 3 KEnV profitieren?
3. Werden im Kanton Bern Berechnungen der Heizlasten gemäss BFE-Empfehlungen akzeptiert?
(vgl. <https://www.energieschweiz.ch/search/de-ch/?s=%22Ermittlung%20der%20W%C3%A4rmeerzeugerleistung%22>)

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 10

Eingereicht am: 18.03.2018

Eingereicht von: Machado Rebmann (Bern, GaP)
(Sprecher/in)
Brönnimann (Mittelhäusern, glp)

Beantwortet durch: BVE

Welche Schlüsse zieht der Regierungsrat aus der fehlenden Unabhängigkeit der BLS-Begleitgruppe?

Wie dem Bund vom Samstag, 17. März 2018, zu entnehmen ist, delegiert der Regierungsrat den ehemaligen Leiter der gescheiterten und inzwischen aufgelösten Begleitgruppe für die Standortsuche der BLS-Werkstätte in Bern West, Bernhard Antener, in den Verwaltungsrat der BLS.¹ Der «bemerkenswerte» Wechsel (zit. Bund) stellt die Unabhängigkeit der Begleitgruppe in Frage bzw. hebt sie auf. Der ehemalige Leiter der BLS-Begleitgruppe kann gegenüber seinem zukünftigen Mandatsgeber nicht unabhängig gewesen sein.

Der Regierungsrat verwies in seiner Antwort auf die Motion 146-2015 auf die eingesetzte Begleitgruppe: «Die Begleitgruppe hat den Auftrag, die bisherige Standortevaluation der BLS unvoreingenommen und kritisch zu überprüfen». Regierungsrätin Barbara Egger-Jenzer setzte in der Debatte «voll auf die Begleitgruppe». Die Begleitgruppe gehe jetzt auf Feld 0 zurück und überprüfe alles noch einmal neu. «So geht man hier miteinander um».²

Die Begleitgruppe verwarf jedoch frühzeitig eine vertiefte Überprüfung der Zusammenarbeit der BLS mit der SBB mit dem Ziel einer gemeinsamen Werkstatt-Lösung in einem erweiterten räumlichen Perimeter («Biel plus») und kam zum Schluss, dass es keinen alternativen Standort zum Chlifford Nord gebe.³ Diese Entscheidung ist mit der nun bekannten fehlenden Unabhängigkeit in Frage gestellt und müssen erneut unabhängig getroffen werden. Dies gebietet auch der deutliche Auftrag des Berner Stadtrats an den Gemeinderat, sich «mutig» gegen den Standort Chlifford einzusetzen.⁴ So geht man hier miteinander um!

Fragen:

1. Welche Schlüsse zieht der Regierungsrat daraus, dass er in der Frage der Standortsuche der BLS-Werkstätte auf eine Begleitgruppe abgestellt hat, die sich nun als nicht unabhängig erweist?
2. Wie gedenkt der Regierungsrat die Prüfung der Zusammenarbeit mit der SBB für den Standort Biel weiterzuführen?
3. Wie gewährleistet der Regierungsrat in Zukunft die Unabhängigkeit von Begleitgruppen, auf deren Erkenntnisse er sich bei seinen Entscheidungen abstellt?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

¹ <https://www.derbund.ch/bern/kanton/rueckkehr-zweier-sppolitiker-in-verwaltungsraete-von-bkw-und-bls/story/15313921>

² <http://www.gr.be.ch/etc/designs/gr/media.cdwsbinary.DOKUMENTE.acq/fceb6c79ee9a4c35a8b1ffafa0dcab97-332/2/PDF/Tagblatt-D-125046.pdf>, S. 1212

³ <https://www.bls.ch/de/unternehmen/medien/medienmitteilungen/2018/02-02-reaktion-bls-auf-entscheid-begleitgruppe>

⁴ <https://www.bernerzeitung.ch/region/bern/Politisches-Zeichen-gegen-die-BLSPlaene/story/11188186>

Anfragen Märzsession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 14

Eingereicht am: 18.03.2018

Eingereicht von: Fuchs (Bern, SVP)

Beantwortet durch: BVE

Begleitgruppe BLS-Werkstätten – unabhängig und politisch breit abgestützt. Wieso wird jetzt der Präsident der Begleitgruppe, alt SP-Grossrat Bernhard Antener, mit einem Verwaltungsratssitz als kantonaler Vertreter bei der BLS belohnt?

Im Internet ist zu lesen: Zitat: Unabhängige Begleitgruppe «Werkstätten»: Bei der Suche nach einem Standort für den Ersatz der S-Bahn-Werkstätte Aebimatt in Bern setzt die BLS in Absprache mit dem Kanton eine Begleitgruppe ein. Die breit zusammengesetzte Begleitgruppe hinterfragt die Evaluation der BLS kritisch und erarbeitet weitere Standort-Vorschläge. Ziel ist es, eine aus Sicht Begleitgruppe und BLS akzeptable Lösung in den «Sachplan Verkehr, Teil Infrastruktur Schiene» einzureichen.

Fragen:

1. Erachtet es der Regierungsrat als sinnvoll, den Präsidenten der unabhängigen Begleitgruppe mit einem Mandat als BLS-Verwaltungsrat und als Vertreter des Kantons Bern zu belohnen?
2. Ist die Unabhängigkeit der Begleitgruppe unter diesen Voraussetzungen noch gegeben?
3. Wieso werden die Mandate von SP-Regierungsrätin Barbara Egger-Jenzer alle an SP-Parteigenossen verteilt?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 24

Eingereicht am: 19.03.2018

Eingereicht von: Wüthrich (Huttwil, SP)

Beantwortet durch: BVE

Fernverkehrspläne der BLS – Auswirkungen auf den Kanton Bern?

Die BLS bewirbt sich um einen Teil der Fernverkehrskonzession beim Bundesamt für Verkehr. Sie möchte ab Ende 2019 schrittweise ein Teilnetz betreiben. Die SBB selber beantragt, unter Einbezug der Südostbahn (SOB) weiterhin das ganze Fernverkehrsnetz zu führen. Das BAV wird bis Mitte 2018 entscheiden, wem ab Ende 2019 welche Fernverkehrslinien zugesprochen werden. Die bestehende Fernverkehrskonzession der SBB wurde bis Ende 2019 verlängert. Es stellen sich Fragen über die Konsequenzen für den Kanton Bern als Hauptaktionär der BLS AG.

Fragen:

1. Welche Möglichkeiten hat der Regierungsrat, um auf den Entscheid des Bundesamts für Verkehr Einfluss zu nehmen?
2. Entstehen dem Kanton Bern bei einem Zuschlag an die BLS für eine Fernverkehrskonzession zusätzliche finanzielle Risiken?
3. Erachtet es der Regierungsrat noch als möglich, dass die BLS mit der SBB vor dem BAV-Entscheid noch eine gütliche Einigung erzielt?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 1

Eingereicht am: 22.11.2017

Zurückgezogen am: 15.01.2018

Eingereicht von: Geissbühler-Strupler
(Herrenschwanden, SVP)

Federführung: POM

Seltsame Vorgänge rund um den Gebetsraum

In Interlaken hat es einen Gebetsraum für Muslime. Über seiner Türe stehe übersetzt «Autohandel». Der Briefkasten neben der Türe sei mit verschiedenen fremdländischen Namen angeschrieben. Auch fällt der einheimischen Bevölkerung auf, dass aus ganz verschiedenen Kantonen Autos vorfahren. Der Imam könne, nach Aussagen Einheimischer, kein Wort Deutsch sprechen. Da wir ja der Meinung sind, dass Menschen bei uns zu integrieren seien, um Parallelgesellschaften zu vermeiden, gibt es hier einige offene Fragen.

Fragen:

1. Was für einen Asylstatus hat dieser Imam?
2. Ist der Gebetsraum gemietet oder das Haus gekauft?
3. Ist ein Autohandel offiziell gemeldet?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 6

Eingereicht am: 09.03.2018

Eingereicht von: Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)

Beantwortet durch: POM

Warum ersetzt die Kantonspolizei wenig gebrauchte Ordnungsdienstfahrzeuge?

Dem Vernehmen nach will der Kanton Bern seine Ordnungsdienstfahrzeuge (OD) Sprinter ersetzen. Dies obwohl die Fahrzeuge, die grösstenteils erst vor 8 bis 10 Jahren angeschafft wurden, und verhältnismässig wenige Kilometer auf dem Tacho haben, pro Stück rund 70 000 Franken kosten. Der Ersatz der aktuell rund 100 OD-Fahrzeuge alleine kostet demnach ungefähr 7 Millionen Franken. Bei insgesamt Laufleistungen von gut 20 000 km haben diese Fahrzeuge nur wenige km auf dem Tacho und sind demnach praktisch neuwertig. In der Privatwirtschaft werden bei Firmenflotten im Durchschnitt Laufleistungen von 200 000 und mehr erreicht, was also dem Zehnfachen entspricht.

Fragen:

1. Wieso werden die Ordnungsdienstfahrzeuge ersetzt, obwohl sie weder technisch noch kilometermässig «Auslaufmodelle» sind?
2. Wäre es im Sinn einer effizienten Mitteleinsatzes nicht sinnvoll, diesen Ersatz hinauszuschieben?
3. Wieso braucht es für die Fahrzeuge neu die C1-Prüfung (mit einer neuen Modellwahl werden da wieder neue Kosten generiert, weil neue Prüfungen gemacht werden müssen)?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 4

Eingereicht am: 08.01.2018

Eingereicht von: Robbiani (Moutier, PSA)

Beantwortet durch: FIN

Sanierung der bernischen Pensionskassen

Der Kanton Bern sah sich in den vergangenen Jahren gezwungen, sich an der Sanierung der bernischen Pensionskassen, insbesondere der Bernischen Lehrerversicherungskasse (BLVK), zu beteiligen.

Da sich andere Kantone in einer ähnlichen Situation befinden, wäre es als Vergleichsmöglichkeit gut, an den Umfang der staatlich gewährten Investition zu erinnern.

Fragen:

1. Welche Gesamtbeträge hat der Kanton seit 1995 direkt oder als Staatsgarantie in die Sanierung der kantonalbernischen Pensionskassen investiert?
2. Haben die betroffenen Pensionskassen vor, Massnahmen zu ergreifen, um ihren künftigen Verpflichtungen nachkommen zu können?

Verteiler

- Finanzdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 5

Eingereicht am: 07.03.2018

Eingereicht von: Reinhard (Thun, FDP)

Beantwortet durch: FIN

BPK: Überhöhte Verzinsung trotz Unterdeckung und Staatsgarantie

Wie der Homepage der BPK entnommen werden kann, verzinst die BPK die Altersguthaben für das Jahr 2017 mit einem Satz von 4,25 Prozent. Das gesetzliche Minimum liegt bei 1 Prozent. Die Kasse schüttet somit trotz Unterdeckung und fehlender Wertschwankungsreserven Erträge aus, die dringend für die Sanierung der Vorsorgeeinrichtung benötigt würden.

Vor dem Hintergrund der bestehenden Staatsgarantie für die Unterdeckung und dem aktuellen Negativzinsumfeld ist ein solcher Entscheid unverständlich, unverantwortlich und zeugt von fehlender politischer Sensibilität gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, die der Sanierung 2014 in guten Treuen zugestimmt haben.

Fragen:

1. Waren der Regierungsrat oder einzelne Regierungsmitglieder im Vorfeld über diesen Zinsentscheid orientiert?
2. Findet es der Regierungsrat in Ordnung, den Versicherten einen Teil ihrer politisch festgelegten Sanierungsbeiträge indirekt durch eine überhöhte Verzinsung der Altersguthaben zurückzuerstatten?
3. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass die Altersguthaben bis zum Wegfall der Staatsgarantie lediglich zum gesetzlichen Mindestzinssatz verzinst werden sollten?

Verteiler

- Finanzdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 11

Eingereicht am: 18.03.2018

Eingereicht von: Geissbühler-Strupler
(Herrenschwanden, SVP)

Beantwortet durch: FIN

Wer bestimmt über die Vergabe von Verwaltungsratsmandaten

Regierungsrätin Barbara Egger tritt die Verwaltungsratsmandate beim Energiekonzern BKW und bei der Bahnunternehmung BLS ab. In den Medien wird nun berichtet, dass mit den beiden SP-Politikern A. Rickenbacher und B. Antener die Nachfolge geregelt worden sei.

Fragen:

1. Werden die Verwaltungsratsmandate von mehrheitlich kantonseigenen Unternehmungen ausgeschrieben?
2. Von wem werden die neuen Verwaltungsräte gewählt?
3. Wird auf die gerechte Verteilung dieser wichtigen Posten in Bezug auf die Parteizugehörigkeit geachtet?

Verteiler

- Finanzdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 16

Eingereicht am: 19.03.2018

Eingereicht von: Alberucci (Ostermundigen, glp)

Beantwortet durch: FIN

Dekret zur Neubewertung der nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke und Wasserkräfte – Auswirkungen auf die Gemeinden

In der Märzsession 2017 hat der Regierungsrat im Vortrag zum Dekret dargelegt, dass durch die Neubewertung der Liegenschaften ab 2020 für die Gemeinden mehr Vermögenssteuern von jährlich rund 17 Mio. Franken und mehr Liegenschaftssteuern von jährlich rund 60 Mio. Franken resultieren (Basis: Median amtlicher Wert = 77 % des Verkehrswerts).

Für die Stadtregion Bern (inkl. Ostermundigen) wurde in Anhang 1 des Vortrags geschätzt, dass der amtliche Wert ca. 40 bis 55 Prozent des Verkehrswerts beträgt (Stand 2015).

Insbesondere um eine gute Finanzplanung zu gewährleisten, wäre es für die Gemeinden von grossem Vorteil, wenn diese Schätzungen auch auf Gemeindeebene erhältlich wären.

Fragen:

1. Gibt es Schätzungen des Regierungsrates auf Gemeindeebene zum Verhältnis des amtlichen Werts gegenüber dem Verkehrswert?
2. Werden diese Schätzungen den Gemeinden bekanntgegeben?
3. Wie sähe diese Schätzung für die Gemeinde Ostermundigen aus?

Verteiler

- Finanzdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 21

Eingereicht am: 19.03.2018

Eingereicht von: Machado Rebmann (Bern, GaP)

Beantwortet durch: VOL

Kahlschlag im Gumpisbergwald: Wird der Wald im Kanton Bern ausreichend geschützt?

Wie der Berner Zeitung vom 5. Oktober 2017 zu entnehmen ist, klafft im Gumpisbergwald, einer kleinen Waldinsel zwischen Iffwil und Zuzwil, eine grosse Lücke. Zwei Drittel des Waldes, welcher der Burgergemeinde Bern gehört, sei kahlgeschlagen, sagte eine erschrockene Anwohnerin. Selbst grosse und alte Eichen seien gefällt worden.

Fraglich, wie so ein grosser Eingriff überhaupt möglich ist, ist doch der Wald auf kantonaler und eidgenössischer Ebene geschützt. Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer brauchen eine Bewilligung, wenn mehr als 25 qm pro Jahr gerodet werden sollen. Rodungen sind an strikte Bedingungen gebunden.

Bewilligungsinstanz ist je nach Vorhaben der Bund oder der Kanton. Die Schlagbewilligung erteilt der Revierförster im Auftrag des Kantons. Grosse Waldbesitzer wie die Burgergemeinde Bern, die einen eigenen Forstdienst haben und einen Revierförster beschäftigen, haben die Kompetenz, Holzschläge selber zu bewilligen. Das sei in einem Vertrag geregelt, der Kanton übernehme die Aufsichtspflicht.

Fragen:

1. Wird dem gesetzlichen und gesellschaftlichen Auftrag des Kantons, den Wald zu schützen, genügend Rechnung getragen, wenn Waldbesitzer gleichzeitig Bewilligungsinstanz für Holzschläge sind?
2. Hat der Kanton bei der grossflächigen Rodung im Gumpisbergwald seine Aufsichtspflicht wahrgenommen?

Verteiler

- Volkswirtschaftsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 2

Eingereicht am: 28.11.2017

Eingereicht von: Gasser (Bévilard, PSA)

Beantwortet durch: GEF

Spital Moutier: Warum dieses Schweigen?

Am 7. September 2017 habe ich eine Interpellation zum Standort Moutier des Hôpital du Jura bernois (HJB SA) eingereicht. Seither haben sich die bestehenden Gerüchte bewahrt, hat der Verwaltungsrat des besagten Pflegezentrums doch inzwischen seine Strategie bekanntgegeben, die darin besteht, den Standort Moutier abzutrennen, um ihn zu verkaufen. Die Antworten auf die gestellten Fragen könnten die Angestellten sowie die Patientinnen und Patienten gegebenenfalls beruhigen.

Ich war sehr überrascht, feststellen zu müssen, dass die Dringlichkeit meiner oben genannten Interpellation abgelehnt worden ist! Die Regierung teilt meine Sorgen offensichtlich nicht und müsste mir daher umgehend eine Antwort zukommen lassen können.

Diese Situation hinterlässt einen unangenehmen Beigeschmack, nämlich den, benachteiligt zu werden. Es ist nämlich so, dass allen anderen parlamentarischen Vorstössen aus dem Berner Jura im Zusammenhang mit dem Kantonswechsel von Moutier die dringliche Beantwortung gewährt wurde.

Fragen:

1. Warum wird eine dringliche Behandlung meiner Interpellation verweigert?
2. Führt eine Abspaltung des Standorts Moutier nicht unweigerlich zu einer Schwächung des Standorts St-Imier?
3. Welche Schritte hat der Verwaltungsrat bzw. die Spitalleitung bei den jurassischen Behörden unternommen?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 7

Eingereicht am: 14.03.2018

Eingereicht von: Imboden (Bern, Grüne)

Beantwortet durch: GEF

Wie viel Anstossfinanzierung des Bundes für Kinderbetreuung (100 Millionen) wird im Kanton Bern für die Verbesserung der Kinderbetreuung eingesetzt?

Vor einem Jahr hat das Bundesparlament beschlossen, dass Kantone und Gemeinden für die Kinderbetreuung durch Dritte über fünf Jahre hinweg knapp 100 Millionen Franken erhalten, als Anstossfinanzierung des Bundes. Ab Mitte 2018 können Gesuche eingereicht werden. Der grössere Teil dieser neuen Finanzhilfen, knapp 85 Millionen, soll den Kantonen und Gemeinden helfen, die Betreuungskosten für die Eltern von Kindern im Vorschulalter zu senken. Mit dem restlichen Teil der Bundesgelder sollen Angebote finanziert werden, die besser auf die Bedürfnisse der Eltern eingehen. So sollen beispielsweise mehr Betreuungsangebote für die Schulferien oder längere Kita-Öffnungszeiten geschaffen werden.

Fragen:

1. Wie viel Anstossfinanzierung hat der Kanton Bern beim Bund beantragt, um die Betreuungskosten für Kinder im Vorschulalter zu senken?
2. Wenn noch keine Projekte eingegeben wurden: Wann wird dies gemacht und in welchem Umfang?
3. Wie wird das Ziel, die Betreuungskosten für Eltern zu senken, im Kanton Bern erreicht?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 13

Eingereicht am: 18.03.2018

Eingereicht von: Geissbühler-Strupler
(Herrenschwanden, SVP)

Beantwortet durch: GEF

Ungleichbehandlung bei der Spitexpflegekostenbeteiligung

Die Erhöhung der Patientenbeteiligung an die Spitexpflegekosten ist nur für über 65-Jährige vorgesehen.

Frage:

— Was ist die Begründung für diese Ungleichbehandlung, für diese «Altersguillotine»?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Märzsession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 25

Eingereicht am: 19.03.2018

Eingereicht von: Wüthrich (Huttwil, SP)

Beantwortet durch: GEF

Macht der Kanton Bern beim Tag der pflegenden Angehörigen mit?

Am 30. Oktober wird pflegenden Angehörigen die Aufmerksamkeit von der Öffentlichkeit geschenkt, auf die sie sonst oft verzichten müssen. In der Schweiz fehlt auch heute noch die nötige professionelle Begleitung, um Angehörige im Alltag angemessen zu unterstützen. Entlastungsangebote, gezielte Informationen zu Krankheit, Therapie, Versicherungsfragen und rechtlichen Belangen sind in der Schweiz bisher bei keiner nationalen Dachorganisation einheitlich zugänglich gemacht. Das bedeutet für die Betroffenen, dass sie häufig auf sich alleine gestellt sind und Mühe haben, gezielte Unterstützung zu organisieren. Zehntausende von Frauen und Männern in der Schweiz betreuen und pflegen ihre Familienmitglieder. Was diese Menschen häufig leise und unbemerkt im Verborgenen leisten, ist von unbezahlbarem Wert. Allein 2013 sind in der Schweiz – gemäss einer BASS-Studie – 64 Millionen freiwillige Pflege- und Betreuungsstunden im Wert von 3,5 Milliarden Franken geleistet worden.

Das sind Leistungen in einem Umfang, den das öffentliche Gesundheitswesen niemals leisten könnte. Das Engagement pflegender Angehöriger verdient grössten Respekt sowie ein grosses Dankeschön. Viele Kantone – vornehmlich aus der Westschweiz – unterstützen diesen Tag der pflegenden Angehörigen und setzen damit ein Zeichen.

Fragen:

1. Ist sich der Regierungsrat über die Leistungen der pflegenden Angehörigen bewusst?
2. Welche Massnahmen hat er für sie bisher umgesetzt?
3. Wann wird der Regierungsrat den Tag der pflegenden Angehörigen analog anderen Kantonen unterstützen?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Grosser Rat